

Quelle/URL: <http://www.zeit.de/online/2009/26/ccs-protest?page=2>

30.07.2009

Kohlendioxid

Der neue Endlager-Streit

Ganze Regionen wehren sich gegen CO₂-Lager. Der Aufschub des Gesetzes für die unterirdischen Speicher ist ein erster Erfolg für Landwirte und Bürgerinitiativen.



Eine kleine Demonstrationswelle rollt über Schleswig-Holstein: Anfang der Woche demonstrierten Bürger in Niebüll gegen die geplante unterirdische Einlagerung des Klimagases Kohlendioxid (CO₂), Mahnwachen werden gehalten, für den 4. Juli ist eine Großdemonstration geplant. Der Widerstand ist groß und mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat er einen prominenten Fürsprecher.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und weitere führende Unions-Politiker beobachteten die Proteste genau. Gestern zogen sie ihre Konsequenzen: Das für die unterirdische Einlagerung nötige CCS-Gesetz (Carbon Capture and Storage) wird vor der Bundestagswahl nicht mehr beschlossen.

Es ist ein erster Erfolg für Werner Asmus. Als der Bürgermeister des norddeutschen Örtchens Wallsbüll Anfang Mai von der Absicht des Energiekonzerns RWE erfuhr, in seiner Gemeinde nach einem unterirdischen Speicherraum für Kohlendioxid zu suchen, gründete er eine Bürgerinitiative gegen die Pläne. Innerhalb von sechs Wochen traten rund 2500 Personen bei.

Auch in den Nachbargemeinden, rund 20 sind es insgesamt, sucht RWE nach geeigneten Lagerstätten. Entschieden ist noch nichts. Dennoch ist Asmus verärgert: "Die planen einen gigantischen Speicher und stellen uns einfach vor vollendete Tatsachen", schimpft der 63-jährige Landwirt. "Das hat uns aufgebracht."

Die ganze Region wehrt sich dagegen, die "CO₂-Deponie Deutschlands" zu werden – mit kräftiger Unterstützung der CDU-Landesregierung. Landwirte, Kirchen, Gewerkschaften, sie alle eint die Skepsis gegen die CCS-Technologie, von der noch niemand sagen kann, wann sie tatsächlich funktionieren wird.

Nur wenige Kilometer entfernt, auf der anderen Seite der Grenze, wehren sich die Dänen gegen ein CO₂-Lager des Konkurrenten Vattenfall, und in der Nähe von Cottbus haben sich weitere Bürger gegen die Lausitzer "CO₂-Bombe" formiert, wie sie das unterirdische Lager titulieren. Auch hier will Vattenfall den Boden für die Kohlendioxidspeicherung erforschen.

Was die Energiekonzerne vorhaben, ist beeindruckend. Die RWE-Tochter Dea will eine rund 530 Kilometer lange Pipeline vom Kohlekraftwerk Hürth in Nordrhein-Westfalen nach Schleswig-Holstein verlegen. Von einer "Klimaschutz-Pipeline" spricht das Unternehmen.

An der Küste soll dann in geeigneten Gesteinsformationen, den sogenannten salinen Aquiferen, das in Hürth abgeschiedene Klimagas in mehr als 1000 Metern Tiefe verpresst werden, damit es die Erderwärmung nicht weiter anheizt.

Rund 2,6 Millionen Tonnen CO₂ sollen jährlich im Boden gespeichert werden. RWE Dea gibt an, die Bodenformationen in Schleswig und Nordfriesland seien dafür besonders geeignet. Für ein etwa 260 Quadratkilometer großes Gebiet hat sich das Unternehmen daher die behördliche Genehmigung besorgt, seismische Untersuchungen zu unternehmen.

Doch das ist einfacher gesagt als getan. Denn schon hat der Schleswig-Holsteinischen Bauernverband seine Mitglieder zum Protest aufgerufen. Die Bauern sollen den RWE-Messleuten den Zugang zu ihren Äckern verweigern. Keine Voruntersuchung - kein Endlager; das ist das Kalkül. "Wer weiß schon, ob das CO₂ wirklich im Boden bleibt – und wenn nicht, haben wir Probleme mit unserem Vieh", sagt Werner Stapelfeld vom Landesvorstand des Bauernverbands. "Außerdem bekommen wir ein riesiges Image-Problem in unserer Tourismus-Region."

Hinter den Protesten der Bauern stehen klare ökonomische Interessen. Schließlich sind inzwischen auch sie Energieproduzenten, verdienen sich mit Windparks und Biogas-Anlagen durch die garantierten Vergütungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ein lukratives Einkommen hinzu. "Wir wollen weiterhin Vorreiter beim Ökostrom bleiben – dazu passt Strom aus Kohle einfach nicht", sagt Stapelfeld.

Der Landwirt ist optimistisch, dass RWE vor dem breiten Widerstand kapituliert. Schließlich habe man es bereits geschafft, das CCS-Gesetz auf Bundesebene zu blockieren. Mit zwei Wahlen vor der Haustür, der Bundestagswahl im September und der Landtagswahl im Frühjahr 2010, werde sich wohl kein Politiker gegen den Willen der Bürger stellen. "Unsere Bevölkerung lehnt das Projekt mit 100 Prozent ab", glaubt Stapelfeld und vergleicht die Proteste bewusst mit der Anti-AKW-Bewegung. "Ich kann mir Gorleben auch gut in Friesland vorstellen."

Die Energiekonzerne wissen seit langem, dass der Erfolg der CCS-Technologie vor allem von der Akzeptanz der Bevölkerung abhängt. Mit derartigem Widerstand der Friesen hat man bei RWE Dea in Hamburg nicht gerechnet. "Die Deutlichkeit und Dynamik der Proteste – das ist schon ein gutes Stück", sagt ein RWE-Dea-Sprecher. Er schlägt versöhnliche Töne an. Ob man sich den Zugang zu den Grundstücken vor Gericht erstreiten will, lässt er offen. "Klar ist, dass wir nicht gegen Tausende Bürger Rechtsmittel erwirken."

Auch in der Wissenschaft sorgt das rasante Vorgehen der Energiekonzerne für Skepsis. Olav Hohmeyer ist Professor für Energie- und Ressourcenwirtschaft an der Universität Flensburg, Mitautor des Sonderberichts CCS des Weltklimarats IPCC und berät die Bundesregierung bei Umweltfragen. Zurzeit tourt er über die Dörfer Schleswig-Holsteins und streitet mit Bürgern und RWE-Vertretern. Seine Position: "Zurzeit wird CCS diskutiert, um der Kohle den Hals zu retten und nicht, um etwas fürs Klima zu tun."

Der Wissenschaftler warnt vor einer Nutzungskonkurrenz. Laut IPCC-Gutachten 2007 wird CCS vor allem in etwa 50 Jahren interessant sein. Denn dann müsse der Atmosphäre aktiv CO₂ entnommen werden, um den Klimagas-Anteil zu stabilisieren. "Aber dann dürfen die Speicher nicht mit CO₂ aus Kohle gefüllt sein", warnt Hohmeyer. Ein Argument, dass vor allem Werner Asmus von der Bürgerinitiative gerne zitiert.

Hohmeyer betont, dass er kein grundsätzlicher CCS-Gegner sei. Aber er sieht noch enormen Forschungsbedarf. Bislang gebe es kaum wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wie sich das verpresste Gas unter Tage verhalte. Nur in der Nordsee, wo der norwegische Energiekonzern Statoil CO₂ im Meeresboden versenkt, werden die Konsequenzen erforscht. "Die Pläne von RWE gehen aber über die Forschung hinaus. Hier werden mit Infrastrukturmaßnahmen einfach Fakten geschaffen", sagt er.